

Substanzielles Protokoll 74. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 9. Dezember 2015, 14.15 Uhr bis 16.30 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Matthias Wiesmann (GLP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Heidi Egger (SP)

Substanzielles Protokoll: Isabelle Ryf

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 1. | Mitteilungen | |
| 3. | 2015/115 | Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Min Li Marti (SP) für den Rest der Amtsdauer 2015/2016 |
| 4. | 2015/294 | Weisung vom 09.09.2015:
Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge |
- FV

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Persönliche Erklärungen:

Stephan Iten (SVP) hält eine persönliche Erklärung zur Unterkunft für Asylbewerbende in der Messehalle 9.

Christian Huser (FDP) hält eine persönliche Erklärung zur Unterkunft für Asylbewerbende in der Messehalle 9.

Matthias Probst (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zur Unterkunft für Asylbewerbende in der Messehalle 9.

Geschäfte

1492. 2015/115

Büro, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Min Li Marti (SP) für den Rest der Amtsdauer 2015/2016

Es wird mit Wirkung ab 9. Dezember 2015 gewählt:

Dr. Davy Graf (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und den Gewählten

1493. 2015/294

Weisung vom 09.09.2015:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. Das Budget der Laufenden Rechnung (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget) und der Investitionsrechnung für das Jahr 2016 wird genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschalen Budgetkredite für das städtische Lohnsystem (SLS), Institution 1060 Gesamtverwaltung, in Höhe von Fr. 11 097 300.– nach erfolgter Lohnrunde 2016 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

4. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2014/404, von Andreas Kirstein (AL) vom 10. Dezember 2014 betreffend Globalbudget Alterszentren, Einführung neuer Steuerungsvorgaben zu den Kostendeckungsgraden, wird als erledigt abgeschrieben.
5. Der dringliche Globalbudgetantrag, GR Nr. 2015/77, von Matthias Probst (Grüne), Helen Glaser (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 18. März 2015 betreffend Globalbudget Grün Stadt Zürich, Einführung von Steuerungsgrössen, welche die Menge und die Qualität der ökologisch wertvollen Flächen beschreiben, wird als erfüllt abgeschrieben.
6. Der Globalbudgetantrag, GR Nr. 2014/380, von Andreas Kirstein (AL) vom 26. November 2014 betreffend Globalbudget ewz, Einführung einer neuen Steuerungsvorgabe «Anzahl angeschlossene Haushalte», wird als erfüllt abgeschrieben.
7. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen der Stadt Zürich für das Jahr 2016 wird genehmigt.
8. Das Budget der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien für das Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.
9. Das Budget der Stiftung Alterswohnungen der Stadt Zürich für das Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.
10. Das Budget der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen für das Jahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.
11. Das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich für das Jahr 2016 mit zwei Produktgruppen wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgrundlagen:

- Budget 2016, Entwurf des Stadtrats vom 09.09.2015
- Produktgruppen-Globalbudgets, Entwurf des Stadtrats vom 09.09.2015
- Novemberbrief vom 04.11.2015
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 30.11.2015
- Anträge der RPK vom 30.11.2015, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referentin zur Vorstellung der Weisung:

Präsidentin Rebekka Wyler (SP): Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) hat den Entwurf des Stadtrats geprüft und aufgrund des Revisionsberichts der Finanzkontrolle festgestellt, dass die rechnerischen wie auch die formellen Anforderungen erfüllt sind. Zum Budgetentwurf: Der Stadtrat legt einen Budgetentwurf mit einem Aufwandüberschuss (Verlust) in der Laufenden Rechnung von 22,2 Millionen Franken, einschliesslich Gemeindebetriebe und Novemberbrief, vor. Das ergibt sich aus einem Aufwand von 8705 Millionen Franken und Erträgen von 8683 Millionen Franken. Gegenüber dem Budget 2015 steigt der Gesamtaufwand um 162 Millionen Franken, gleichzeitig gibt es auch Mehrerträge in der Höhe von 269 Millionen Franken. Der Abschluss der Rechnung 2015 ist heute noch nicht bekannt. Der Finanzvorstand ist im Oktober in der sogenannten Erwartungsrechnung aber von einem Aufwandüberschuss von 70 Millionen Franken ausgegangen. Dies liegt deutlich unter dem im Budget 2015 prognostizierten Betrag von 150 Millionen Franken minus. Ausgehend von der Rechnung 2014, dem voraussichtlichen Defizit für das Budget 2015 und dem vom Stadtrat budgetierten Defizit für 2016 wird das Eigenkapital von 667 Millionen Franken um 92 Millionen Franken auf 575 Millionen Franken per Ende 2016 abnehmen. Würde man die aktivierten Schulden gegenüber der Pensionskasse von dannzumal 196 Millionen Franken damit verrechnen, käme man auf ein Eigenkapital per Ende 2016 von 379 Millionen Franken.

Allgemeine Bemerkungen der RPK zum Budget: Der für 2016 budgetierte Personalaufwand steigt gegenüber der Rechnung 2014 um 106 Millionen Franken und gegenüber dem Budget 2015 um 28 Millionen Franken. Der gesamte Personalaufwand beträgt jetzt 2818 Millionen Franken, was vor allem durch eine Steigerung der Personalstellenwerte zustande kommt. Der Sachaufwand steigt mit 1818 Millionen Franken gegenüber der Rechnung 2014 um 195 Millionen Franken und gegenüber dem Budget 2015 um 42 Millionen Franken. Die geplanten Investitionen liegen mit 1192 Millionen Franken um 265 Millionen Franken höher als in der Rechnung 2014 und um 38,5 Millionen Franken höher als im Budget 2015. Netto steigen die Investitionen gegenüber der Rechnung 2014 um 342 Millionen Franken und gegenüber dem Budget um 73,5 Millionen Franken. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt; in der Rechnung 2014 lag er noch bei 85,2 Prozent, gegenüber dem Budget 2015 nimmt er aber wieder leicht zu und beträgt jetzt 57,8 Prozent. Er unterschreitet damit das langjährig angestrebte Niveau von mindestens 70 Prozent.

Die RPK ist über das strukturelle Defizit der Stadt Zürich beunruhigt. Auch wenn sich die Steuereinnahmen weiterhin auf Rekordniveau bewegen, rechnet man mittelfristig mit Defiziten. Es ist auch möglich, dass die Steuereinnahmen wieder einmal sinken. Unsicher sind vor allem die mittelfristigen Erträge bei den Quellensteuern, den Steuern juristischer Personen und den Grundstückgewinnsteuern. Die RPK hat auch den Umgang des Stadtrats mit vom Gemeinderat beschlossenen Budgetkürzungen angeschaut. Nach Meinung der RPK zeugt es nicht gerade von Respekt gegenüber Parlamentsbeschlüssen, wenn man einzelne Beträge, die gestrichen wurden, im Folgejahr wieder einstellt. Die RPK wünscht, dass die Budgetbeschlüsse des Gemeinderats respektiert werden. Doppelspurigkeiten in der Finanzierung sind zu vermeiden. Die RPK lehnt es ab, dass Anlässe oder Einrichtungen, die von der Stadt Zürich unterstützt werden, von verschiedenen Konten Gelder erhalten. Hier geht es z. T. auch darum, die Zuständigkeiten zu klären. Immer wieder ein Thema bei der RPK sind die Lohnfortzahlungen nach Entlassungen und Abfindungen. Die RPK wünscht, dass ihre hängige Motion schnell beantwortet bzw. erfüllt wird. Die Zahlungen sind zentral zu koordinieren und sollen in allen Departementen und Dienstabteilungen nach einheitlichen Richtlinien stattfinden. Die Globalbudgetierung in ihrer jetzigen Ausgestaltung erfüllt nach Meinung der RPK die Versprechungen, die bei der Einführung abgegeben wurden, nicht. Es fehlt einerseits an Transparenz, andererseits an Steuerungsmöglichkeiten; der Status quo ist unbefriedigend. Zu einzelnen Departementen und Dienstabteilungen: Das Kostenwachstum im Bereich Informatik bereitet der RPK Sorgen. Es ist ihr klar, dass die Informatik immer mehr Lebensbereiche durchdringt, doch möchte sie, dass die immer wieder prognostizierten Effizienzgewinne auch umgesetzt werden. Mit dem städtischen Glasfaserkabelnetz soll jetzt zum ersten Mal ein Ertrag realisiert werden. Die RPK ist sich aber nicht sicher, ob das Verhältnis von Aufwand und Ertrag wirklich stimmt. Aktuell stellt sich die Frage, wie hoch die Abschreibungen im Fall einer Ausgliederung des Elektrizitätswerks (ewz) wären. Ebenfalls beobachtet hat die RPK die Entwicklung der Investitionen, vor allem auch im Hochbau. Der budgetierte Mehraufwand für Planung und Projektierung steigt, weil auch die Bevölkerung wächst. Gleichzeitig ist das eine starke Belastung für die Stadtkasse. Was die Planungsprozesse angeht, könnte die Zusammenarbeit zwischen Departementen und Dienstabteilungen teilweise noch verbessert werden. Die RPK stört sich daran, dass der Stadtrat dem Gemeinderat das Globalbudget der Asyl-Organisation Zürich (AOZ) vorgelegt hat, bevor es vom Verwaltungsrat verabschiedet wurde. Die RPK hat wie immer sehr viele Fragen gestellt, diese wurden von der Verwaltung zum grössten Teil fristgerecht und informativ beantwortet.

Anträge der RPK: Die RPK beantragt die Behandlung des vorliegenden Voranschlags 2016 mit den eingereichten Änderungsanträgen. Eine Mehrheit der RPK lehnt das Budget wie auch die Produktgruppen-Globalbudgets für das Jahr 2016 ab, eine Minderheit stimmt beiden Budgets zu. Die Mehrheit hat sich in der Abstimmung enthalten. Den Anträgen des Stadtrats zur Übertragung der pauschalen Budgetkredite für das

Städtische Lohnsystem und auf Festlegung des Steuerfusses auf 119 Prozent wird mehrheitlich zugestimmt. Der Antrag auf Erledigung des Globalbudgetantrags GR Nr. 2014/404 wird mehrheitlich abgelehnt. Den Anträgen auf Abschreibung der Globalbudgetanträge GR Nr. 2015/77 und 2014/380 wird einstimmig zugestimmt. Das Budget der Stiftung zur Erhaltung von preisgünstigen Wohn- und Gewerberäumen wird genehmigt. Vom Budget der Stiftung Alterswohnungen wird einstimmig Kenntnis genommen. Den Kenntnisnahmen der Budgets der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen sowie der Stiftung Wohnungen für kinderreiche Familien wird mehrheitlich zugestimmt. Bei der Abstimmung zur Kenntnisnahme des Globalbudgets der AÖZ hat sich die gesamte RPK enthalten – weil es vom Verwaltungsrat eben noch nicht genehmigt war. Bei der Schlussabstimmung wird die RPK beantragen, diesen Dispositivpunkt zu streichen und sich das Globalbudget im Januar 2016 noch einmal vorlegen zu lassen.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1494–1500)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1494. 2015/394

Erklärung der SP-Fraktion vom 09.12.2015:

Finanzverwaltung, Budget 2016, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der SP-Fraktion verliest Dr. Davy Graf (SP) folgende Fraktionserklärung:

Voranschlag 2016: Gar nicht so übel

Die Null ist rot: Das Budget 2016 der Stadt Zürich prognostiziert (inklusive Novemberbrief) bei einem Gesamtaufwand von 8,7 Milliarden Franken ein Minus von gut 22 Millionen Franken. Das befriedigende Ergebnis ist teils auf Kürzungsmassnahmen, teils auf externe Effekte zurückzuführen. Der Stellenzuwachs findet insbesondere in den Stadtspitälern und Pflegezentren sowie im Schulamt statt, wo die Betreuungsplätze in den Horten ausgebaut werden. Der Anstieg ist gut begründet, denn unsere Stadt wächst. Ansonsten findet kein nennenswerter personeller Ausbau der Verwaltung statt.

Das Eigenkapital bleibt mit geschätzten 575 Millionen Franken per Ende 2016 weiterhin anständig und erlaubt es unserer Stadt weiterhin, auch magere Jahre durchzustehen. Die Steuererinnahmen sind rekordhoch. Es ist davon auszugehen, dass die Grossbanken 2016 endlich wieder Gewinnsteuern zahlen werden, nachdem sie nun jahrelang Verlustvorträge geltend gemacht haben. Gleichzeitig darf nicht vergessen werden: Die Ausfälle, die durch Steuererleichterungen auf kantonaler und nationaler Ebene bereits stattgefunden haben und noch stattfinden werden, bedeuten empfindliche Einnahmeneinbussen für die Stadt Zürich. Hier gilt es, auf allen Ebenen Gegensteuer zu geben, als nächstes bei der bevorstehenden Unternehmenssteuerreform III. Diese beinhaltet unter anderem eine generelle Senkung der Unternehmenssteuersätze, die zu massiven Steuerausfällen bei den juristischen Personen und damit wohl oder übel zu einer allgemeinen Steuererhöhung führen wird. Dies erachtet die SP als skandalös, muss doch – einmal mehr – der Mittelstand die Steuergeschenke für wohlhabende Eigentümer und juristische Personen refinanzieren. Ebenfalls ärgerlich ist die laufende Überwälzung von Aufgaben und Pflichten des Bundes und der Kantone auf die Gemeinden, und zwar ohne finanzielle Abgeltung. Dies führt auf kommunaler Ebene zu Mehrkosten und Mehrbelastungen.

Gleichzeitig malen die bürgerlichen Parteien und die sogenannten «Mitte» weiterhin den Teufel der unbremsten Geldverschwendung durch die öffentliche Hand an die Wand. Mit sogenannten «Rasenmäheranträgen» auf verschiedenen Konti soll die Verwaltung abgestraft werden. Die SP lehnt dies aus grundsätzlichen Überlegungen ab: Solche «Rasenmäheranträge» verunmöglichen eine politische Auseinandersetzung mit den im Budget eingestellten Beträgen. Hinzu kommt, dass die Begründungen dieser «Tabellenanträge» grundfalsch sind, da Vorgaben wie «zurück auf Rechnung 2013» sparsame Dienstabteilungen bestrafen. Seriöses Budgetieren geht anders.

Wie bereits erwähnt, ist der Stellenanstieg im Gesundheitswesen und im Schulamt gut begründet. Die SP verteidigt die Interessen des städtischen Personals und toleriert weder Lohnkürzungen noch Personalabbau. Unter bestimmten Umständen behalten wir uns vor, das Budget 2016 abzulehnen. Die SP beantragt, die gestrichenen Reka-Checks für das Personal wieder ins Budget einzustellen, als Dank für den grossen

Einsatz der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Spitälern, bei den industriellen Betrieben und anderswo für das Wohl der Stadtbevölkerung.

Die mittelfristigen Perspektiven für die Stadtfinanzen haben sich erfreulicherweise stark verbessert, wie der aktualisierte Aufgaben- und Finanzplan zeigt. Die Aufträge, die uns die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne gegeben haben, sind klar: Die Zürcherinnen und Zürcher wollen genügend Betreuungsplätze, mehr Velowege und öffentlichen Verkehr, bezahlbare Wohnungen, die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft sowie eine gute Gesundheitsversorgung. In diesen Bereichen akzeptiert die SP keine Kürzungen.

Die SP steht weiterhin für eine Finanzpolitik mit Augenmass ein, die es erlaubt, knappe Ressourcen gezielt auf die wichtigsten Handlungsfelder zu lenken: Für ein soziales und ökologisches Zürich mit einer prosperierenden Wirtschaft.

1495. 2015/395

Erklärung der SVP-Fraktion vom 09.12.2015: Finanzverwaltung, Budget 2016, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der SVP-Fraktion verliest Martin Götzl (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Stadt Zürich in der Wachstums- und Schuldenfalle

Wieder budgetiert die Stadtzürcher Regierung ein Defizit. Ein gewohntes Bild in den letzten Jahren. Sollte die Stadt Zürich 2016 dann auch tatsächlich wieder ein Defizit ausweisen, so wären 8 von 9 Rechnungen mit Aufwandüberschüssen belastet gewesen.

Auf den ersten Blick könnte man 22 Millionen Franken mehr Ausgaben als Einnahmen (inkl. Novemberbrief) bei einem Gesamtaufwand von 8.68 Milliarden Franken als Punktlandung und rote Null bezeichnen, gerade auch, wenn man die Zahlen von Kantonen und anderen Städten betrachtet. Diese Oberflächlichkeit wäre aber genauso fatal wie verantwortungslos, denn das vorliegende Budget zeigt, wie sehr die rot-grüne Regierung in ihrem eigenen System gefangen ist, wie sehr die Abhängigkeit von gewerkschaftlichem Goodwill besteht, wie sehr das Streben nach internationaler Anerkennung vorhanden ist, wie sehr der ideologisch genährte und inszenierte Umbau der Stadt Zürich kostet, wie sehr die teils schon fast als krankhaft zu bezeichnenden Massnahmen zur Umerziehung der Menschen in dieser Stadt einschenken, wie sehr das präsidiale Kulturhobby der Stadtpräsidentin die Finanzen der Stadt das Portemonnaie der Steuerzahler und damit die Zukunft der Bevölkerung und der Unternehmen nachhaltig belasten.

Bringen wir es auf den Punkt: Die Zürcher Stadtverwaltung unter mehrheitlich rot-grüner Führung wurde seit 2002 mehr und mehr ausgebaut und weist Strukturen einer Firma aus der Privatwirtschaft auf. Einer Unternehmensführung eines privatwirtschaftlich organisierten Unternehmens aber, dass es fertig bringt, hintereinander 8 von 9 Mal Defizite zu produzieren oder gar zu planen, gehören sowohl Decharge wie auch Akzeptanz verweigert.

Konnte man für die letzten Jahre bei absolutem Wegschauen und grösstmöglichen Goodwill in den weggebrochenen Steuerbeiträgen der Banken allenfalls Gründe für die Defizite sehen, so fällt dieses Argument für das vorliegende Budget komplett dahin. Die Steuereinnahmen juristischer Personen werden mit sage und schreibe 248 Millionen Franken höher budgetiert als in der Rechnung 2014 sowie 190 Millionen Franken höher als mit Budget 2015. Den Banken sei Dank! Und erneut werden 49.8 Millionen Franken durch die Höherbewertung der Aktien der Flughafen Zürich AG in die Bilanz gespült. Eine Höherbewertung notabene, die seitens des Finanzvorstands noch nicht einmal erwünscht war.

Es ist geradezu grotesk, dass ausgerechnet die rot-grüne Stadt Zürich, die Stadt mit der langjährigen Mehrheit aus Kapitalismusüberwindern und ihren Helfern im Parlament auf gerade diesen Kapitalismus angewiesen ist. Genauso grotesk ist es, dass die rot-grüne Regierung mit ihren linken Verfechtern, die in diesem Rat regelmässig dazu aufrufen, dass Land und Boden niemals Privaten gehören dürften, darauf angewiesen ist, dass die Grundstückgewinnsteuern mittlerweile wiederholt um 100 Millionen Franken höher ausfallen als in den Jahren zwischen 2005 und 2010. Das ist nicht zuletzt eine Folge des den Banken aufgezwungenen Umbaus in der Eigenkapitalstruktur und damit auch nicht fortschreibbar.

Die Steuereinnahmen steigen zwischen 2010 und 2016 um satte 473 Millionen Franken, während die Entgelte um 500 Millionen Franken zunehmen. Ein Mehrertrag in der Grössenordnung von 973 Millionen Jahren reicht also nicht mehr aus, um eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren oder um Eigenkapital zu schaffen. Es ist ganz offensichtlich, dass das Wachstum der Stadt an seine finanziellen Grenzen stösst, zumal sich das Bevölkerungswachstum nicht in stabilen Pro-Kopf-Steuereinnahmen auszahlt. Betrug das Steuereinkommen pro Einwohner 2010 noch 3'749 Franken sind es 2016 gerade einmal noch 3'487 Franken. Vielleicht ist das auch ein Zeichen des Lohndrucks durch die ach so notwendigen zugewanderten Fachkräften? Die Stadt Zürich befindet sich ganz offensichtlich in der Wachstumsfalle.

Was aber mit Blick auf künftige Generationen ganz besonders besorgniserregend ist, ist das Schuldenwachstum. Daran wird auch HRM2 nichts ändern. Das Fremdkapital beziehungsweise die Bruttoschulden

der Stadt Zürich wachsen seit 2005 auf Budget 2016 um mehr als 3 Milliarden Franken. Es dürften Ende 2016 10.5 bis 11 Milliarden Schulden aufgetürmt worden sein. Diese Zins- und Schuldenfalle ist doppelt gefährlich: einerseits werden Zinserhöhungen bei Fälligkeiten voll durchschlagen, andererseits werden Sparer, Arbeitnehmer und Pensionierte aufgrund der schlechten Verzinsung ihrer Guthaben dereinst immer weniger Geld zur Verfügung haben.

Die SVP warnt seit Jahren vor diesen sich immer deutlicher abzeichnenden und sich bewahrheitenden Szenarien und gibt deshalb auch dieses Jahr Gegensteuer und übernimmt Verantwortung. Auch dann, wenn es durchaus unangenehm sein kann. Um unserer Verantwortung Nachdruck zu verleihen, haben wir unsere Budgetanträge deutlich reduziert und uns vermehrt auf grössere eigene Anträge oder, in Kompromissen, auf die Anträge andere Parteien konzentriert.

1496. 2015/396

Erklärung der FDP-Fraktion vom 09.12.2015:

Finanzverwaltung, Budget 2016, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Urs Egger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Chance für ausgeglichenes Budget durch rot-grünen Stadtrat verpasst

Das Budget 2016 wurde im Herbst zuerst mit einem geplanten Defizit von 12 Millionen Franken präsentiert. Mit den Zusatzanträgen des Novemberbriefes stieg dieses auf 22 Millionen Franken. Die FDP ist seit vielen Jahren über die Finanzlage beunruhigt. Diese Defizite kommen zustande, obwohl der Stadtrat gegenüber dem Budget 2015 mit um 165 Millionen höheren Steuereinnahmen rechnet, was einen erneuten Rekord an Steuereinnahmen darstellt. Auch 2016 werden aus der Auflösung der Wertschwankungsreserve der Flughafenaktien 50 Millionen Franken als Einmaleffekt eingerechnet. Da auch die Entgelte gegenüber dem Budget 2015 um 37.5 Millionen zunehmen, ist klar, dass die Einnahmen den entscheidenden Beitrag zur Verhinderung eines grösseren Defizits leisten sollen. Mit andern Worten: Steuerzahlerinnen, Steuerzahler und Nutzer von gebührenfinanzierten Dienstleistungen decken das eigentlich vorhandene Loch in der Stadtkasse.

Die FDP versteht nicht, wieso der Stadtrat die höheren Einnahmen umgehend wieder ausgibt, anstatt das in den letzten Jahren geschrumpfte Eigenkapital zu stärken. Wir hätten erwartet, dass mindestens die 50 Millionen der Wertschwankungsreserve für den Wiederaufbau des Eigenkapitals verwendet werden. Einmal mehr verschleiern der Stadtrat und der Finanzvorstand die Tatsache, dass die Stadt ein strukturelles Defizit vor sich herschiebt. Mit seinem Budget verscherbelt der Stadtrat im wahrsten Sinne des Wortes einen Teil des Tafelsilbers. Die FDP hat in der RPK das vorgelegte Budget ernsthaft geprüft und ihre Kürzungsanträge eingebracht. Mit der Summe der durch die FDP erarbeiteten Anträge im Umfang von ca. 100 Millionen Franken können das Eigenkapital um 50 Millionen Franken aufgestockt, das Defizit von 22 Millionen Franken ausgeglichen und auch die Steuern reduziert werden.

Für die FDP ist es höchste Zeit, dass den stets mehr belasteten Steuerzahlenden dieser Stadt durch eine 2%ige Senkung des Steuerfusses endlich etwas zurückgegeben wird. Wie bereits in früheren Jahren beantragt sie auch für das Budget 2016 einen Teil der Personalfluktuationen nicht mehr zu ersetzen und auf diese Weise 20 Millionen Franken einzusparen. Warum der Stadtrat dies nicht selber im Budget 2016 vorsieht, bleibt uns schleierhaft. Es passt aber zum Vorgehen des rot-grünen Stadtrates, ohne Kompass und ernsthaftem Bemühen um Kostensenkungen der Zürcher Bevölkerung noch mehr sauer verdientes Geld mit Gebühren und Steuern aus der Tasche zu ziehen. Bleibt noch zu bemerken, dass das seinerzeit vom Stadtrat grossmundig angekündigte Programm 17/0 definitiv zur Makulatur und zu einer Realposse verkommen ist. Diesem sozial schädlichen Verhalten des links-grünen Stadtrats stellt die FDP ihre Strategie für die Erhaltung der Kaufkraft aller Bevölkerungsschichten entgegen.

1497. 2015/397

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 09.12.2015:

Finanzverwaltung, Budget 2016, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der Grüne-Fraktion verliest Felix Moser (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Zürich wächst, und Wachstum kostet

Zürich steht vor grossen Herausforderungen: Zwar wachsen mit der Bevölkerung auch die Steuereinnahmen, doch benötigt eine wachsende Stadt deutlich mehr Mittel, um das Wachstum zu finanzieren. Schule, Gesundheit, Kinderbetreuung oder Verkehr sind alles öffentliche Aufgaben, die finanziert werden müssen. Das ist doppelt schwierig, da Bund und Kanton Zürich in den vergangenen Jahren immer wieder Steuern

gesenkt haben. Für die Grünen ist deshalb klar: Um das Wachstum finanzieren zu können, muss die Reduktion des Steuerfusses aus dem Jahr 2008 wieder rückgängig gemacht werden.

Die Beurteilung des Budgets 2016 fällt für uns Grüne zwiespältig aus. Der Entwurf des Stadtrates wäre für uns als Kompromiss akzeptierbar. Er belässt viele Ausgaben auf dem Status Quo, nimmt aber auch einige für uns schmerzhaft Abstriche vor wie z.B. den verlangsamten Ausbau der Kinderbetreuung, die Reduktion der Lohnmassnahmen und die nur halbherzige Veloförderung. Was nun aber in der RPK mit dem Budget-Entwurf angestellt wurde, finden wir sehr schwierig. So schlägt die Kommission zusätzliche einschneidende Kürzungen beim Personal und bei den Lohnmassnahmen vor – eine Kürzung, die wir dezidiert ablehnen. Pauschale Streichungsanträge der Bürgerlichen über ganze Kontos und über fast alle Dienstabteilungen finden voraussichtlich ebenfalls Mehrheiten. Es ist für uns stossend, dass es die bürgerliche Ratsmehrheit überhaupt nicht interessiert, was hier gekürzt wird. Zwar wurde die Verwaltung mit Hunderten von Rückfragen auf Trab gehalten, aber Kürzungsanträge werden trotzdem auch dort gestellt, wo man gar nicht weiss, was budgetiert ist. Hauptsache, man kann am Schluss behaupten, dass 50 Mio. Fr. gespart würden. Das ist unseriös und angesichts einer Budgetsumme von fast 8700 Millionen auch lächerlich. Wir erachten es als Zechprellerei, wenn Leistungen gekürzt werden, die unbestritten sind. Sollte das Budget in einer ähnlichen Form, wie es jetzt im RPK-Antrag empfohlen wird, durchkommen, werden wir ihm nicht zustimmen. Wir erwarten, dass die Kürzungscoalition Verantwortung übernimmt und zu diesem Budget steht, sollten die Einsparungen beim Personal und die pauschalen Streichungsanträge eine Mehrheit finden.

Für uns steht klar im Fokus, dass die Stadt wächst, aber trotzdem ihre Aufgaben wahrnehmen soll, und insbesondere auch für die sozial schwächeren Menschen in dieser Stadt Lösungen bieten muss. So fordern wir mehr Personal für Alters- und Pflegezentren gerade in der Langzeitpflege, wo die Qualität stark unter dem Kostendruck leidet. Weitere Forderungen stellen wir beim Ausbau der Krippen- und Hortplätze, wo die Stadt nach wie vor nicht genügend subventionierte Plätze anbietet. Im Weiteren kritisieren wir einige Verkehrsprojekte, bei welchen die Veloförderung nicht konsequent umgesetzt wird, und beantragen deren Streichung. Gemäss der aktuellen Bevölkerungsumfrage befinden 46 %, also rund die Hälfte der Befragten, dass die Stadt zu wenig für die Förderung des Veloverkehrs macht. Wir bitten den Stadtrat, seine eigenen Umfragen ernst zu nehmen und den Resultaten genügend Beachtung zu schenken.

Um das Wachstum finanzieren zu können, beantragen wir, die Reduktion des Steuerfusses aus dem Jahre 2008 rückgängig zu machen. Damals wurde betont, dass die Senkung nur eine vorübergehende Massnahme sei. In Anbetracht der künftigen Aufgaben, die zu finanzieren sind, finden wir es opportun, die damalige Senkung zurückzunehmen. Leider ist das die einzige Möglichkeit der Stadt, auf den Steuerertrag Einfluss zu nehmen. Bund und Kanton haben in den vergangenen Jahren regelmässig Steuern gesenkt. Die naheliegendste Lösung, um das Wachstum mindestens im Infrastrukturbereich mit finanzieren zu können, wäre eine Mehrwertabgabe, wie sie im Raumplanungsgesetz vorgesehen ist. Leider ist dieses Dossier im Kanton blockiert. So lange hier keine Lösung in Sicht ist, soll die Stadt die Senkung des Steuerfusses wieder rückgängig machen und so die Kosten für das Wachstum finanzieren helfen. Ab dem Zeitpunkt, in dem die Abgeltung von Planungsmehrwerten zu substantiellen Erträgen führt, kann die Steuerfusserhöhung wieder zur Disposition gestellt werden.

1498. 2015/398

Erklärung der GLP-Fraktion vom 09.12.2015:

Finanzverwaltung, Budget 2016, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der GLP-Fraktion verliest Shaibal Roy (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Stadtrat, wir bewegen uns auf dünnem Eis

Das budgetierte Defizit der Stadt Zürich für das kommende Jahr beträgt inklusive Zusatzkredite und Auflösung der Flughafenschwankungsreserve 22 Millionen Franken. Angesichts der wiederum rekordhohen Steuereinnahmen und zuträglichen Sondereffekten ist das zu viel. Die Grünliberalen werden deshalb in der Budgetdebatte einmal mehr substanzielle Aufwandsenkungen unterstützen. Unsere fokussierten Verbesserungsvorschläge haben zum Ziel, das offensichtliche strukturelle Defizit in den nächsten Jahren zu beseitigen.

Der Stadtrat scheint sich - unter der Annahme, dass die Rechnung erfahrungsgemäss sowieso besser als budgetiert abschliessen wird - auf diesem dünnen Eis auszuruhen. Der Abschluss des 17/0-Programms wurde grossmundig verkündet ohne, dass ein konkretes Folgeprogramm oder -Massnahmen definiert wurden. Diese werden erst in den kommenden Monaten diskutiert und im September 2016 anlässlich der Präsentation des Budget 2017 vorgestellt – zu spät! Die finanzpolitischen Zwischenziele von 17/0 wurden primär durch Gebührenerhöhungen, höhere Steuereinnahmen sowie Sondereffekte erreicht. So wird kein strukturelles Defizit nachhaltig reduziert!

Die glp ist entschlossen, das strukturelle Defizit zu eliminieren und versucht dies mit gezielten eigenen Verbesserungsvorschlägen. Dabei haben wir eine Mehrzahl von tabellarischen Kürzungsanträgen, die von

SVP, FDP und CVP mitgetragen werden, eingebracht. Die jeweils beantragte Kürzung um 10% entspricht einem umsetzbaren und nachhaltigen Ansatz der Steuerung der Ausgaben. Bei unseren tabellarischen Anträgen haben wir darauf geachtet, dass Dienstabteilungen, die im Vergleich zu den Vorjahren entweder keine oder nur moderate Erhöhungen oder gar Kürzungen budgetiert haben, von weiteren Sparmassnahmen verschont bleiben. Wir wollen damit sicherstellen, dass Verwaltungsabteilungen, die sparsam mit den finanziellen Ressourcen umgehen, nicht ungerechtfertigterweise doppelt bestraft werden. Sollten diese tabellarischen Kürzungen Mehrheiten finden, werden wir Einzelanträgen auf den betroffenen Konten nur noch in wenigen begründeten Ausnahmefällen zustimmen. Daneben liegen immer noch eine Vielzahl von Einzelanträgen vor, die von uns, wenn wir sie als sinnvoll und realisierbar erachten, unterstützt werden.

Um gesunde Finanzen sicherzustellen, ist es erforderlich, bereits zum jetzigen frühen Zeitpunkt, proaktiv Massnahmen im Personalbereich zu ergreifen: Fluktuation soll dazu genutzt werden, die Notwendigkeit jeder einzelnen Stelle zu hinterfragen, und langfristig Wachstum in den Bereichen wo nötig (Schule, Pflege etc.) durch Effizienzgewinne in anderen Bereichen (engere Verwaltung) zu stützen. Angesichts der rückläufigen Teuerung sind wir ausserdem der Auffassung, dass Lohnmassnahmen im Umfang von 0.25% angemessen sind.

Wir sind gleichzeitig dem Wachstum unserer erfolgreichen und attraktiven Stadt verpflichtet, den Zielsetzungen einer modernen 2000-Watt Gesellschaft mit adäquater Velo- und ÖV-Infrastruktur sowie einem zeitgemässen Bildungs-, Kultur- und Sportangebot. Investitionen und Infrastruktur sind entsprechend wichtig, jedoch wollen wir Überqualitäten und zu hohe Standards sowie Doppelspurigkeiten vermeiden. Die Prognosen des städtischen Aufgaben- und Finanzplans 2017-19 sind düster. Für die glp ist daher klar, dass wir auch in den kommenden Jahren vom Pfad der nachhaltigen Finanzpolitik nicht abweichen dürfen. Mit unseren Bestrebungen vernünftige und nachhaltige Massnahmen umzusetzen, wollen wir auch sicherstellen, dass ein gesundes Wirtschaftswachstum unterstützt wird und der Steuerfuss mittelfristig konstant bleiben kann.

1499. 2015/399

Erklärung der AL-Fraktion vom 09.12.2015:

Finanzverwaltung, Budget 2016, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Das bürgerliche Panikorchester erkennt die Lage

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat ein annähernd ausgeglichenes Budget vorgelegt. Die AL sieht Potential für weitere Verbesserungen. Die vom bürgerlichen Panikorchester geforderten pauschalen Einschnitte hingegen halten wir für kontraproduktiv und weisen sie deshalb zurück. Wir beantragen dem Gemeinderat, ebenso kontraproduktive Sparbeschlüsse des Stadtrats in der Bildung und in der Sozialpolitik durch Umlagerung von Ausgaben rückgängig zu machen.

2016 kann das Eigenkapital erhöht werden

Dank rekordhohen Steuereinnahmen hat die Stadt Zürich 2016 die Chance, in der Rechnung ein deutliches Plus zu erzielen. Voraussetzung dazu ist allerdings, dass die Ausgaben auf das Wesentliche konzentriert werden. Dazu zählt die AL den Ausbau der Infrastruktur für die wachsende Stadt, zu der insbesondere die dringend benötigten Schulhäuser gehören, aber auch die Umsetzung gesellschaftspolitisch wichtiger Projekte wie der Ausbau der Kinderbetreuung, die Tagesschule und die Gewährleistung einer guten Gesundheitsversorgung für alle.

Umlagerung von Stellen prüfen

Selbstverständlich können diese Aufgaben nur bewältigt werden, wenn die Personalressourcen im Bildungs- und Gesundheitsbereich entsprechend erhöht werden. Vermehrt zu prüfen ist indes, ob das Wachstum der Personalkosten durch die Verschiebung von bestehenden Stellen begrenzt werden kann. Die AL hat diesbezüglich Detailanträge gestellt. Inakzeptabel ist für uns hingegen, wenn man heute mit wolkigen Anträgen harte Einschnitte beim Personal durchzusetzen versucht.

Auftrag zum flächendeckenden Stellenabbau ablehnen

Der Antrag von SVP, FDP, CVP und GLP, mit dem Verzicht auf die Besetzung vakanter Stellen die Personalausgaben im kommenden Jahr um 20 Millionen Franken zu reduzieren, forderte die Streichung von 400 Stellen. Da weder bei der VBZ, noch in den Spitälern, den Alters- und Pflegeheimen oder den Schulen Stellenaufhebungen ohne den Abbau von Linien, Abteilungen und Klassen möglich wären, müssten andere Dienstabteilungen weit mehr als die freiwerdenden Stellen abbauen, was wiederum hohe Kosten nach sich ziehen würde.

Minimalbudget für sinnvolle Lohnmassnahmen nicht antasten

Nicht sinnvoll ist auch der Vorschlag der Mitte-Rechts-Koalition, für individuelle Lohnerhöhungen und Einmalzulagen nur noch 5 Millionen Franken ins Budget zu stellen. Das wären mickrige 2,5 Promille der Lohnsumme. Zur Erinnerung: In seinem letzten Budget hat Martin Vollenwyder 19 Millionen Franken auf diesem Konto eingestellt. Und für das laufende Jahr hat der Gemeinderat trotz einem 130-Millionen-Defizit 16 Millionen Franken für Lohnmassnahmen gutgeheissen.

Die beiden Vorschläge für eine neue Personalpolitik sind Teil einer ganzen Serie wenig durchdachter Anträge der Vier-Parteien-Koalition. Wir sind guten Mutes, dass eine knappe Mehrheit des Rates solchen Anträgen eine Abfuhr erteilen wird.

Steuerfuss bei 119 belassen

Weil wir keine Beihilfe zum zweiten städtischen Shutdown in diesem Jahrzehnt leisten wollen, wird die AL dem Budget zustimmen, ausser es käme im Laufe der Budgetberatung zu völlig unerwarteten Verschiebungen der Mehrheiten. Wir empfehlen unseren Kolleginnen und Kollegen zur Linken und zur Rechten, es uns gleichzutun.

Obwohl die anstehenden Wachstumsinvestitionen und Projekte wie die Tagesschule mittelfristig nur mit höheren Steuereinnahmen finanziert werden können, wird die AL angesichts des sich abzeichnenden positiven Rechnungsergebnisses für die Beibehaltung des aktuellen Steuerfusses stimmen.

1500. 2015/400

Erklärung der CVP-Fraktion vom 09.12.2015:

Finanzverwaltung, Budget 2016, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der CVP-Fraktion verliest Karin Weyermann (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Das Budget 2016 bedarf einer Korrektur

Auf den ersten Blick hat der Stadtrat im September ein überraschend gutes Budget mit – unter Berücksichtigung des Novemberbriefes – einem Defizit von gut CHF 22 Millionen für das Jahr 2016 vorgelegt. Beim genaueren Hinsehen stellt man aber rasch fest, dass einige Sondereffekte wie die Aufwertung der Aktien des Flughafens Zürich nicht nachhaltig und somit im Resultat nur von kurzfristiger Natur sind. Des Weiteren erinnern wir daran, dass der Stadtrat im nächsten Jahr mit rekordhohen Steuereinnahmen der natürlichen wie auch der juristischen Personen rechnet, welche mittelfristig auch wieder tiefer ausfallen können. Aus diesen Gründen hat sich die CVP-Fraktion das Ziel gesetzt, das Budget um einen substanziellen Betrag zu verbessern, um wenigstens die Sondereffekte für die Stärkung des Eigenkapitals zu nutzen. Gleichzeitig werden wir aber weiterhin Augenmass und Vernunft – auch bei den Kürzungsanträgen – walten lassen.

Die CVP-Fraktion begrüsst es, dass der Stadtrat zwar weiterhin finanziellen Handlungsbedarf ortet. Doch es ist – noch – nicht ersichtlich, wo, d.h. in welchen Departementen und Dienstabteilungen, er diesen sieht. Uns fehlt eine übergeordnete Strategie samt Prioritätensetzung, mit welcher der Wille zu einem mittelfristig mindestens ausgeglichenen Haushalt sichtbar wäre. Auch aus der stadträtlichen Leistungsüberprüfung 17/0 resultierte aus unserer Sicht nur eine Anhäufung von Einzelmassnahmen, ohne dass eine gemeinsame, stadträtliche Richtschnur ersichtlich gewesen wäre.

Beunruhigt nimmt die CVP-Fraktion das weitere Stellenwachstum zur Kenntnis. Natürlich steigen in Zürich die Schülerzahlen und werden neue Plätze in Altersheimen geschaffen, welche entsprechendes Personal benötigen. Aber bei Stellenwerten von über 21'000 Stellen sollte es möglich sein, neue Stellen an anderen Orten zu kompensieren. Daher werden wir auch den Kürzungsantrag zur Ausnützung der natürlichen Fluktuationen unterstützen.

Die Zustimmung zum Budget in der Schlussabstimmung wird die CVP-Fraktion vom Ablauf der nun folgenden Debatte abhängig machen. Sowohl unrealistischen Kürzungsanträgen wie auch in der jetzigen Finanzsituation unangebrachten Ausbauwünschen werden wir keine Folge leisten.

1493. 2015/294

Weisung vom 09.09.2015:

Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2016 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudget) und Abschreibung Globalbudgetanträge

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Das Budget für das kommende Jahr ist ein Abbild der Lage, in der sich die Stadt Zürich befindet. Diese ist grundsätzlich aber sehr erfreulich. Zürich ist eine markant wachsende Stadt, das bringt der Stadtrat auch in seinen Strategien 2035 zum Ausdruck. Sie ist Teil und Motor eines prosperierenden Wirtschafts- und Lebensraums mit einer sehr hohen Lebensqualität, hervorragender Infrastruktur und gutem Dienstleistungsangebot. Das ist auch auf die Entscheide zurückzuführen, die in den letzten Jahren gefällt wurden, sowie auf die hohen Steuereinnahmen. Es stimmt aber nicht, dass die Steuerzahler in den letzten Jahren immer mehr belastet worden wären. Mehrere Antworten des Stadtrats, zwei Vorstösse im Kantonsrat sowie eine Antwort des Regierungsrats zeigen klar, dass die Steuerfüsse in den letzten Jahren ständig gesenkt wurden. Mehrbelastungen gab es keine. In der Stadt Zürich gilt seit sieben oder acht Jahren der gleiche, damals gesenkte Steuerfuss. Die steigenden Steuerzahlen sind Ausdruck davon, dass die Stadt Zürich gewachsen ist, dass sie attraktiv ist, und dass Firmen hierher gezogen sind. Hätte es die Unternehmenssteuerreform II nicht gegeben, müssten wir – zumindest dieses Jahr – gar nicht gross über ein Defizit reden. Gute Infrastruktur, gute Dienstleistungen – diese Standortfaktoren will der Stadtrat verteidigen. Sie sind wichtig für Stadt und Kanton Zürich und für die ganze Schweiz. Das Wachstum kostet aber, und es muss ein ständiger Ausgleich gefunden werden zwischen Investition und deren Finanzierung. Der Stadtrat hat schon vor fünf Jahren klargemacht, dass er mittelfristig einen ausgeglichenen Haushalt anstrebt. Ob man es wahrhaben will oder nicht, es wurden deutliche Verbesserungen erzielt. Dieses Jahr haben wir zwar eine rote, aber immerhin eine Null. Es ist uns in den letzten Jahren gelungen, die Investitionen in die Infrastruktur aufrechtzuerhalten und keinen Erneuerungsunterhalt anzustauen. Wir sind aber auch mit steigenden Kosten, namentlich in den Bereichen Schule, Betreuung, Gesundheit, Soziales, konfrontiert. Da geht es uns nicht anders als z. B. dem Finanzdirektor des Kantons Zürich. Auch der Kanton befindet sich in der Wachstumsperiode und muss investieren, um attraktiv zu bleiben. Hinzu kommt, dass immer wieder Lasten auf die Stadt Zürich verlagert werden, die es dann zusätzlich zu finanzieren gilt. Die Perspektiven im kantonalen Finanzausgleich sind für uns zwiespältig, weil zu erwarten ist, dass unsere Steuerkraft im Vergleich zum Rest des Kantons stärker steigt. Das ist bedauerlich, zeigt aber, dass die Stadt sich besser entwickelt als der Kanton. Die mittelfristigen Perspektiven sind noch nicht befriedigend, wir haben nach wie vor gröbere Defizite im Aufgaben- und Finanzplan (AFP). Der AFP ist aber erst ein Plan; der Stadtrat konnte noch jedes Jahr deutlich bessere Zahlen präsentieren, das wird auch in den nächsten Jahren wieder so sein. Es bestehen mittelfristig aber erhebliche Unsicherheiten, vor allem bezüglich der wirtschaftlichen Lage. Der starke Franken ist ein Stichwort, aber auch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, die wirtschaftspolitisch sehr schwierig ist. Wie das herauskommen wird, weiss man nicht. Wir Finanzdirektoren und -direktorinnen der Städte, auch die bürgerlichen, haben klar zum Ausdruck gebracht, dass wir vom Bund mehr einbezogen werden wollen, weil wir von der Reform genauso betroffen sind wie die Kantone, und dass wir für die Ausfälle auch kompensiert werden wollen. Über das Programm 17/0 hinaus wurden über 260 Massnahmen geprüft und umgesetzt, die RPK wurde informiert. Das alles zusammen führt zu einer wiederkehrenden Entlastung der jährlichen Rechnungen von 55 Millionen Franken (2016) bis 90 Millionen Franken (2018) – es kann also keine Rede davon sein, das Programm habe keine Wirkung erzielt. Weitere Anstrengungen werden folgen. Nach der grossen Erregtheit, die letztes Jahr in diesem Saal herrschte, wird der Stadtrat keine zwischenjährigen Aktionen mehr machen, sondern im Rahmen des laufenden Budgetprozesses tätig werden. Der Steuerfuss bleibt für den Stadtrat klar unverändert, angesichts einer fast ausgeglichenen Rechnung gibt es keinen Grund, ihn dieses Jahr zu erhöhen. Gesenkt wird er auch nicht, denn wir sind am Investieren. Der Steuerfuss ist aber kein Tabu; der Stadtrat wird ihn Jahr für Jahr unvoreingenommen überprüfen. Die Zusammenarbeit mit der RPK war konstruktiv, auch wenn die vielen hundert Fragen für die Verwaltung viel Aufwand waren. Den Mitarbeitenden gebührt Dank dafür. Ob 280 Anträge

zielführend sind zur Erreichung der angestrebten finanzpolitischen Ziele, weiss ich nicht. In der Stadt Lausanne gibt es jeweils nur vier Anträge. Noch etwas zu den «Rasenmäheranträgen»: Der Stadtrat wird sich bemühen, die entsprechenden Kürzungen so gut wie möglich umzusetzen. Wo einer Umsetzung vertragliche Verpflichtungen oder andere schädliche Auswirkungen im Weg stehen, werden wir Zusatzkredite bringen. Die Enthaltung der Mehrheit der RPK in der Schlussabstimmung gibt mir zu denken. Die SVP und die AL, die als einzige klar Position bezogen haben, sind zu loben. Es ist die Pflicht des Gemeinderats, ein Budget festzusetzen. Ich vertraue darauf, dass sich in einer konstruktiven Budgetdebatte eine Mehrheit bilden wird, die ein Budget festlegt, mit dem die Stadt Zürich nächstes Jahr funktionieren kann. Ein Notbudget bringt nichts ausser Schaden.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Ich habe noch nie gehört, dass Enthaltung als Mehrheit bezeichnet werden kann. Im Moment gibt es also eigentlich eine Mehrheit für die Ablehnung des Budgets. Der RPK-Präsidentin Rebekka Wyler (SP) danke ich für ihre umsichtige Kommissionsführung, ich schätze diese sehr. Erstaunt hat mich, dass sich in der Fraktionserklärung der SP nichts von den grossen Zweifeln und Unsicherheiten des RPK-Berichts wiederfindet. Die SP zeichnet ein ganz anderes Bild als die RPK. Spannend ist, dass das Wort «Wachstum» einige Male erwähnt wurde. Die SVP spricht von einer Wachstumsfalle. Die Grünen aber wollen, um das Wachstum finanzieren zu können, die Steuern um drei Prozent erhöhen. Ich möchte aufzeigen, dass das Wachstum ein Problem ist und in eine strukturelle Falle hineinführt: Das Bevölkerungswachstum war in den letzten Jahren sehr intensiv; Ende 2016 werden es ungefähr 30 000 bis 40 000 Einwohner mehr sein als Ende 2010. 2010 betrug die Steuereinnahme pro natürliche Person 3749 Franken, 2015 noch 3487 Franken. Die SP müsste besorgt sein, dass allenfalls die Löhne sinken, denn offenbar wird weniger verdient. Auf der anderen Seite ist man abhängig von den juristischen Personen, mittlerweile insbesondere auch vom Finanzplatz. 2016 werden die Steuereinnahmen von juristischen Personen auf dem absoluten Rekordhoch seit 2005 sein und 976 Millionen Franken betragen. Es ist auch nicht wahr, dass die Banken keine Steuern gezahlt hätten – Gewinnsteuern haben sie nicht gezahlt, das stimmt, diese wurden verlagert auf die Grundstückgewinnsteuern. 2005 lagen diese noch bei 72 Millionen Franken, 2006 bei 102 Millionen Franken, 2007 bei 106 Millionen Franken, 2008 bei 112 Millionen Franken, 2009 bei 104 Millionen Franken, 2010 bei 109 Millionen Franken. 2013, mit den Eigenkapitalveränderungen, hat es dann richtig angefangen, damals lagen sie bei 243 Millionen Franken, 2014 dann bei 198 Millionen Franken, 2015 bei 200 Millionen Franken, 2016 bei 210 Millionen Franken. Ohne die Grundstückgewinnsteuern und die Umwandlungen bei den Banken würden diese Einnahmen fehlen. Bei den Steuereinnahmen fand also eine gewisse Verlagerung statt. Durch die Teilung der UBS in einen Schweizer und einen anderen Teil fliessen der Stadt Zürich nun Steuereinnahmen zu, ohne dass sie dafür etwas tun müsste. Das zeigt die strukturelle Schwierigkeit auf. Seit 2005 hat die Stadt Zürich kumuliert 203 Millionen Franken Defizit geschrieben. In den letzten neun Rechnungen gab es acht Defizite, wenn man die Rechnungen 2015 und 2016 noch als defizitär betrachten würde. Wenn man nur die Verwaltung anschauen würde, hätte man zwischen 2005 und 2016 ein Defizit von 988,8 Millionen Franken gehabt. Und von 2010 an gerechnet sind es immer noch 730 Millionen Franken. Ohne Gemeindebetriebe wäre man verloren. Deshalb steuert die bürgerliche Seite so vehement auf eine Änderung zu. Es ist eigentlich der letzte Moment dafür. Störend ist, dass STR Daniel Leupi erneut Desinteresse am Entscheid des Gemeinderats zum Budget signalisiert.

Walter Angst (AL): Für die Begründung der Minderheit, das Budget anzunehmen, falls nicht noch grosse Verwerfungen eintreten, kann ich auf die Fraktionserklärung der AL

verweisen. Die Linken und die Rechten sollen sich bitte an den ersten Shutdown von 2011 erinnern. Dieser schadet der Stadt Zürich erheblich, weil nämlich viel Personal während vier, fünf Monaten in vielen Bereichen untätig bleiben musste, weil das nötige Geld gar nicht vorhanden war. Ob das eine gute Strategie ist, um die Stadt Zürich auf einen guten Entwicklungsweg zu bringen, bezweifeln wir sehr. Deshalb werden wir dem Budget zustimmen. Martin Götzl (SVP) hat gesagt, das Wachstum bringe die Stadt Zürich an ihre finanziellen Grenzen, man müsste im Prinzip am Wachstum schrauben. Vor Kurzem habe ich den neuen Richtplan, der in die Vernehmlassung ging, erhalten, und darin steht, die Stadt Zürich müsse bis 2040 mit 80 000 mehr Einwohnerinnen und Einwohnern und nochmal etwa 80 000 mehr Arbeitsplätzen planen. Wir haben eine offene Stadt, es kann kommen wer will – wir wollen ja nicht zurück ins Mittelalter. Die Finanzfragen können wir definitiv nicht lösen, indem wir das Wachstum zurückschrauben. Ich zweifle übrigens daran, dass die RPK eine so grosse Wirkung haben soll. Aufgrund einer Präsentation über die Steuerkraftentwicklung der Stadt Zürich haben wir festgestellt, dass es in den Jahren 2005 bis 2011 drei entscheidende Effekte gab: Erstens ist durch das Wachstum die Gruppe dreier Steuerzahler, die mittel bis viele Steuern zahlen, gewachsen, d. h. die Zuwanderung hat dazu geführt, dass wir bedeutend mehr zahlungskräftige Steuerzahler in der Stadt Zürich haben. Das sollte man zur Kenntnis nehmen für die Präsentation der Faktenlage. Einzelne hochgerechnete Zahlen stimmen nicht mit der Realität überein.

Eintretensdebatte:

Martin Bürlimann (SVP): Auf den ersten Blick ist das Budget fast ausgeglichen. Die Probleme gehen aber tiefer, als man meint. Sie wollen erneut Fremdkapital von 800 Millionen Franken aufnehmen und begründen das mit den tiefen Zinsen. Diese werden aber irgendwann wieder steigen. Mit 2,9 Milliarden Franken sind die geplanten Steuereinnahmen so hoch wie noch nie, trotzdem machen Sie auch in diesem Budget Schulden. Die Frage, die Sie beantworten müssen, lautet: Wann wollen Sie den Schuldenberg abtragen, wenn nicht in einem Jahr, in dem die Einnahmen auf dem Allzeithoch sind? Die Ausgaben steigen seit Jahren schneller als die Einnahmen, und die Kosten steigen schneller als das Wirtschaftswachstum. Das vorliegende Budget ist nicht nachhaltig. Sie haben nicht mehr beliebig viel Zeit, um den Trend umzukehren. Man kann es jetzt noch machen ohne Qualitätseinbussen, grosse Entlassungen oder nennenswerte Abstriche bei den Dienstleistungen der Stadt. Die Anträge, die die SVP und andere bürgerliche Parteien stellen, sind moderat. Man kann das Defizit ohne Weiteres in ein Plus verwandeln. Wenn das in den nächsten Tagen geschieht, geben Sie dem Steuerzahler ein Signal, dass es Ihnen ernst ist und dass Sie das Problem erkannt haben. Wenn Sie die Kürzungsanträge ablehnen und das Defizit beibehalten, ist das ein Signal, dass es Ihnen egal ist, wie viel die fleissigen Leute bezahlen müssen. Die fleissigen, zuverlässigen Leute fangen an, sich zu fragen, was es eigentlich noch für einen Sinn macht, einem Staatsgebilde, das unfähig ist, mit dem Geld umzugehen, immer noch mehr zu zahlen. Die SVP fordert Sie nachdrücklich auf, bei den massvollen Kürzungsanträgen mitzumachen.

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP hat sich in den letzten Jahren beim Antrag der RPK eigentlich immer enthalten, am Schluss aber immer Stellung bezogen. Wir warten die Debatte ab und beziehen dann sicher Stellung. Es kommt auf die Entscheide an. Bei vielen Anträgen wird eine einzelne Person den Ausschlag geben. Ob das am Schluss zu breit abgestützten Ergebnissen führen wird, ist eine andere Frage. Der Kanton Zürich hat ein anderes Konzept als die Stadt. Er muss über mehrere Jahre ausgleichen. Für die nächsten Jahre wird er bei den Ausgaben klar heruntergehen, das ist gesetzlich vorgegeben. Es ist klar, dass gewisse Klassen mehr Steuern zahlen als andere. Wenn man

aber wie Roger Liebi (SVP) den Durchschnitt pro Kopf nimmt, und dieser sinkt, dann ist es auch klar, dass es auf der anderen Seite noch mehr gibt, die eben keine Steuern zahlen. Das ist letztlich das Argument für die Senkung des Steuerfusses, denn irgendwann haben die kleinen Gruppen, die immer mehr zahlen, vielleicht die Nase voll. Gegen einen Ausgleich (auch einen sozialen) haben wir uns noch nie gestraubt.

Roger Liebi (SVP): Ich stütze mich auf das, was in den Budgets und in den Rechnungsbüchern steht, und mit diesen Zahlen komme ich nun einmal auf kein anderes Resultat. Da hilft auch eine Präsentation, die irgendetwas anderes zeigt, nichts. 2010 hatte die Stadt Zürich übrigens noch 8,5 Milliarden Franken Bruttoschulden. Die ausgewiesenen Nettomittelaufnahmen deuten darauf hin, dass die Bruttoschulden 2016 rund 11 Milliarden Franken betragen werden. Das bedeutet, dass 2016 jeder Einwohner 26 500 Franken Schulden gegenüber der Stadt Zürich hat. Für Bedenken gegenüber der Unternehmenssteuerreform III habe ich ein gewisses Verständnis. Die bürgerliche Seite hat aber nicht verlangt, dass die Schweizer Unternehmenssteuern auf OECD-Niveau sein oder OECD-Standards entsprechen müssten. Diese Forderung kam immer von der Gegenseite. Einen Teil der Auswirkungen muss man jetzt mittragen. In Anbetracht des Budgets habe ich aber nicht das Gefühl, dass man sich dazu bereits Sorgen machen würde. Wenn dem so wäre, würde man jetzt mit entsprechenden Massnahmen anfangen. Auch im Programm 17/0 waren keinerlei solche Anstrengungen enthalten, und ein Teil der Lohnmassnahmen von 17/0 wurden jetzt auf dieses Budget hin wieder teilreduziert. Somit wurde 17/0 aufgrund des Gefühls, mehr Einnahmen zu haben, wieder verschlechtert. Für mich ist das keine langfristige Planung, erst recht nicht angesichts der Risiken im Zusammenhang mit der Unternehmensteuerreform III.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Rednerliste der Eintretensdebatte ist verdächtig leer. Drückt vor allem die linke Seite damit ein schlechtes Gewissen in Bezug auf die Finanzlage aus? Ist man sich bewusst, dass man sich auf dünnem Eis bewegt? Es wird ein ausgesprochener Zweckoptimismus betrieben, und dieser erinnert an das mediterrane Klima in der EU, das verursacht wird durch die Länder, die Schuldenwirtschaft betreiben. Zweckoptimismus besteht z. B. gerade auf der Seite der Steuereinnahmen. Mit den juristischen Personen haben wir ein Klumpenrisiko. Zudem wird mit der Grundstückgewinnsteuer ein Trittbrettfahren betrieben, und es ist ungesund, damit die Finanzen aufzupolieren. Mit der Aufwertung der Flughafenaktien werden stille Reserven aufgelöst, auch das ist nicht gesund. Weiter versucht man relativ verzweifelt, irgendwie Erträge zu generieren, z. B. durch höhere Ordnungsbussen. Das ist einfach eine Art von Gebühreneinzug, eine verdeckte Steuer. Man will unbedingt das Budgetziel erreichen, wenn nötig mit Schikanen. Das Geld kommt herein und wird gleich wieder zum Ausgeben verplant. Die tiefe Zinssituation wird nicht von Dauer sein. Sobald das Zinsniveau wieder steigt, geht es der Stadt Zürich schlecht. Deshalb sollte man jetzt sparen und Schulden abbauen.

Niklaus Scherr (AL): Die Abhängigkeit der Stadt Zürich von ein paar grossen Steuerzahlern, nämlich den beiden Grossbanken, beschäftigt mich auch. Die Volatilität der Gewinne solcher wirtschaftlichen Einrichtungen ist tatsächlich ein Problem. Bei den Unternehmen haben wir aber eigentlich ein gesplittetes Steuersystem, d. h. jeder Betrieb, der hier von der Infrastruktur profitiert, zahlt eine Art Standortsteuer in Form der Kapitalsteuer, und zwar unabhängig vom erzielten Jahresgewinn. Gemäss dem statistischen Jahrbuch haben die Unternehmungen in der Stadt Zürich 2013 136 Millionen Franken Kapitalsteuern abgeliefert. Davon kamen 94 Millionen Franken von der Credit Suisse und der UBS, wobei diese keinen Gewinn ausgewiesen haben. Die beiden Firmen haben also trotz Verlustverrechnungen noch Standortdividenden an die Stadt Zürich entrichtet. Wäre es nach dem Willen der SVP und der FDP gegangen, die damals gegen das Gemeindereferendum der AL gestimmt haben, würden die 94 Millionen Franken –

heute sind es wahrscheinlich sogar mehr – in den Einnahmen der Stadt Zürich fehlen. Wir kämpfen für eine stabile Steuerpolitik und dafür, dass die hier ansässigen Institutionen eine Art Grundmiete zahlen.

Eintreten ist unbestritten.

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Das ist nun einer der tabellarischen Anträge, über die Dr. Davy Graf (SP) vorhin sagte, damit würden selbst sparsame Dienstabteilungen bestraft. Das ist falsch. Es stehen längst nicht alle Dienstabteilungen auf der Liste, denn es wurde sehr genau geschaut, wer gespart bzw. Kosten reduziert hat, und wer nicht. Wir beantragen, auf die Rechnung 2013 zurückzugehen, die Begründung muss entsprechend angepasst werden. 2013 waren auf dem Konto 43,5 Millionen Franken, 2012 waren es 41,6 Millionen Franken, und 2016 sollen es 47,2 Millionen Franken sein – da kann uns niemand vorwerfen, wir wollten keine Ausbildung mehr. Die Steigerung ist einfach überproportional im Zusammenhang mit dem, was in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird. In der Kürzung sind die Dienstabteilungen mit Globalbudgets natürlich nicht enthalten. Wir beantragen eine Kürzung von 3 166 000 Franken. In vielen Fragen hat die SVP teilweise auch andere Anträge mitunterstützt. Sie ist aber nicht bereit, weitere Konzessionen zu machen, sollten noch andere Anträge von anderer Seite kommen. Die SVP bleibt bei ihren Anträgen, denn sie will zum Wegfall des systemischen Defizits beitragen. Komische Kompromisse während der Ratsdebatte helfen nichts mehr, deshalb geht die SVP keine Kompromisse mehr ein, solange es nicht ganz unerhebliche Differenzen sind.*

Walter Angst (AL): *Bei diesem Antrag zeigen sich die dysfunktionalen Wirkungen von Tabellenanträgen, die im Excel erstellt werden. Diese Kürzungen treffen drei Dienstabteilungen erheblich, nämlich das Schulamt (SAM), Schutz und Rettung (SRZ) und Organisation und Informatik (OIZ) – diese tragen zwei Drittel der Kürzung. Beim SAM sollen bedeutend weniger Fachpersonen Betreuung ausgebildet werden. Bei der OIZ sollen keine IT-Leute mehr ausgebildet werden. Bei SRZ ist es noch heftiger, denn dort ist es eine Monopolausbildung. Die Tabellenkürzungen kommen locker daher, entfalten aber ihre Wirkung. Insbesondere bei diesem Konto und bei dieser Auswahl führt der Antrag ins Leere und sollte deshalb abgelehnt werden.*

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): *Es stimmt nicht, dass wir Bürgerlichen bei der Ausbildung einschneidend sparen wollten. In der zentralen Verwaltung, im Hochbaudepartement (HBD) war eine Steigerung von etwa 27 800 Franken geplant. Auf unsere Nachfrage hin wurde diese begründet mit einer Anpassung des Lohns des Kommunikationspraktikanten an die Marktlöhne. Auf erneute Nachfrage wurde uns gesagt, der Praktikant solle in Zukunft 5000 Franken verdienen – und das in Sparzeiten.*

Roger Liebi (SVP): *Beim Schul- und Sportdepartement (SSD) geht es um eine Kürzung von 614 300 Franken um 83 500 Franken auf 530 800 Franken. Es stimmt nicht, dass man damit niemanden mehr ausbilden könnte. Natürlich wollen wir Einsparungen und dazu stehen wir auch, aber von einem Herunterfahren auf Null kann keine Rede sein.*

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Polizei- sowie des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Bei SRZ geht es um einen Viertel der Ausbildungsplätze. Die Leute, die wir aufgrund der natürlichen Fluktuation brauchen, müssen wir selber ausbilden. Konkret bedeutet das, dass 15 Sanitärerinnen oder sechs Feuerwehrleute und neun Sanitäter einfach fehlen würden. Das sind markante Zahlen. Jeder Rettungsdienst in der Schweiz muss seine Leute selber ausbilden und wenn er nicht so viele ausbildet, wie nötig wären, muss er eine Strafe zahlen. Das ist also ein ausgeklügeltes System. Man muss gesamtschweizerisch schauen, dass es genügend Leute gibt. Der Markt ist ausgetrocknet. Wenn man hier kürzt, schaufelt man sich fast wortwörtlich das eigene Grab.

STR Gerold Lauber: Im SAM trifft es die Fachpersonen Betreuung, die wir ausbilden müssen. Dieses Berufsbild gibt es erst seit vier Jahren. Bis jetzt hatten wir immer tertiär Ausgebildete. Vor allem im Bereich Tagesschule 2025 brauchen wir Fachpersonen Betreuung. Wir mussten lange dafür kämpfen, dass die einzelnen Horte diese gute Ausbildung anbieten und die jungen Leute entsprechend betreuen. Das machen sie jetzt, und wir werden im Sinn des dualen Bildungssystems aufstocken. Die Ausgebildeten werden wir im Anschluss anstellen. Im Schulbereich hat es ja zu wenig Männer, von den Auszubildenden 2016 sind nun aber fast die Hälfte Männer. Genau das braucht es.

Roger Liebi (SVP): Die Erklärung von STR Gerold Lauber ist plausibel. Die Drohungen von STR Richard Wolff kann ich aber nicht ernst nehmen. Das war schon bei der Rückweisung des Budgets so; damals hiess es, in der Maternité wären keine Geburten mehr möglich. Dabei wurden seither mehr Kinder geboren als je zuvor.

Dr. Mario Babini (parteilos): Die Logik hinter solchen tabellarischen Anträgen verstehe ich nicht wirklich. Die Dienstabteilungen, deren Rasen ganz kurzgeschoren wird, leiden sehr darunter. Ich stimme dem Antrag des Stadtrats zu.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3012 0000	Löhne des Personals in Ausbildung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		3 166 000		Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Begründung: Zurück auf Rechnung 2014, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3012 0000 Löhne des Personals in Ausbildung					SVP
Kürzung auf Rechnung 2014 gemäss Liste					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Verbesserung	Budget neu
1020	Stadtkanzlei	32 500		7 900	24 600
1070	Betreibungsämter	350 400		87 700	262 700
1505	Stadtentwicklung	45 000		8 700	36 300
1506	Fachstelle für Gleichstellung	50 000		10 700	39 300
1560	Statistik Stadt Zürich	51 400		37 000	14 400

2050	Human Resources Management	801 100		66 600	734 500
2080	Organisation und Informatik	520 300		201 000	319 300
2520	Stadtpolizei	9 206 000		14 800	9 191 200
2550	Schutz und Rettung	3 337 300		914 900	2 422 400
3535	ERZ, Abwasser	236 600		25 500	211 100
3550	ERZ, Abfall	257 400		32 600	224 800
4000	HBD Zentrale Verwaltung	117 600		27 800	89 800
4015	Amt für Städtebau	483 100		172 900	310 200
4040	Immobilien Stadt Zürich	379 000		3 900	375 100
4525	Wasserversorgung	145 000		20 800	124 200
5000	SSD Zentrale Verwaltung	614 300		83 500	530 800
5010	Schulamt	3 863 100		1 032 100	2 831 000
5050	Schulgesundheitsdienste	196 000		25 500	170 500
5520	Laufbahnzentrum	103 000		26 200	76 800
5550	Soziale Dienste	900 000		122 400	777 600
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	1 691 000		243 500	1 447 500
	Total	23 380 100		3 166 000	20 214 100

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 002.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die FDP ist nicht einfach überall mit dem Rasenmäher drüber gefahren, sondern hat sämtliche Dienstabteilungen betrachtet und jene, die sich in den letzten Jahren zurückgehalten haben, von den Kürzungsanträgen ausgenommen. In all den Jahren konnte festgestellt werden, dass es bei der Aus- und Weiterbildung jeweils viel Luft gibt, weil viele Kurse nicht besucht werden. Selbstverständlich haben wir auch verglichen, was die anderen Anträge unter diesem Sammelkonto abdecken – insbesondere der Antrag der GLP. Weil der Gesamtbetrag hier praktisch der gleiche ist, ziehen wir unseren Antrag zusammen mit der CVP zurück und unterstützen den Antrag der GLP.

Roger Liebi (SVP): Wir sind der Meinung, dass die Ausbildung nicht untergeht, wenn man auf die Rechnung 2014 zurückgeht. 2014 wurden 20,5 Millionen Franken ausgegeben, 2013 20,2 Millionen Franken, 2012 19,3 Millionen Franken, und für 2016 sind jetzt 23,9 Millionen Franken eingeplant. Bei einer Rückkehr auf ein früheres Niveau sind Leistungen selbstverständlich noch möglich, bis jetzt ist es ja auch gegangen. Deshalb halten wir im Moment noch an unserem Antrag fest.

Shaibal Roy (GLP): Vom Begriff «Rasenmäherantrag» möchten wir uns klar distanzieren. Die GLP hat versucht, mit eigenen Anträgen einen möglichst vernünftigen, nachhaltigen Ansatz zu wählen. Sämtliche Dienstabteilungen, die weder im Vorjahresbudgetvergleich noch im Vergleich zum Schnitt der letzten drei Jahresrechnungen eine signifikante Erhöhung (über 10 Prozent und/oder über 10 000 Franken) hatten, sind in der Tabelle gar nicht berücksichtigt. Zusätzlich haben wir in begründeten Ausnahmefällen, wo z. B. vertraglich zwingende oder hoheitliche Leistungen zu erbringen sind, Rücksicht genommen und diese ebenfalls entsprechend ausgenommen. Wir haben einen Ansatz von 10 Prozent gewählt, weil wir denken, dass dieser realistisch und umsetzbar ist. Die budgetierten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen werden i. d. R. nie ausgeschöpft. In den meisten Fällen könnten die Zielvorgaben sogar ohne jegliche Kürzungsmassnahmen erreicht werden, was aber doch etwas blauäugig wäre. An einzelne Dienstabteilungen, die deutliche Steigerungen hatten, wird die klare Erwartungshaltung herangetragen, dass die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen im engeren Kontext zur Erfüllung

des Jobprofils und zur Entwicklung im Job betrachtet werden müssen.

Walter Angst (AL): Bei diesem Antrag kann man sich intensiv über die Philosophie der Tabellenkürzung unterhalten. Die SVP will zurück und nimmt eine Dienstabteilung, nämlich die Stadtpolizei (Stapo), davon aus, weil sie dort schlechte Presse erwarten würde. Dieses Verfahren ist von der Konsistenz her schwierig. In ihren Anträgen hat die FDP die geschlossenen Rechnungskreise ihrer Stadträte und der Gemeindebetriebe ausgenommen, bei der GLP hingegen sind sie z. T. enthalten. Auch die GLP hat vernünftigerweise gewisse Dienstabteilungen ausgenommen, aber das SAM und SRZ müssen bluten. Es fragt sich wirklich, ob man mit diesen Tabellenanträgen am Schluss der Debatte zu einer guten Lösung kommt und das Budget real zu entlasten vermag. Wahrscheinlich wird nur ein bisschen Geld herausgenommen, das sowieso nicht ausgegeben würde. Die Mehrheit der RPK findet es nicht sinnvoll, am Anfang jeder Budgetdebatte über die Philosophie der Tabellenanträge zu sinnieren; es wäre besser, sie ganz zu beerdigen.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Angesichts gewisser Sicherheitsthemen ist es eigenartig, uns vorzuwerfen, dass wir bei der Polizei nicht kürzen wollen. Ausserdem sehen wir nur beim Personal von Kürzungen ab; bei den nächsten Tabellenanträgen werden wir durchaus mitmachen bei Kürzungen, die die Stapo betreffen. Die Sicherheit der Stadt Zürich ist mir ein Anliegen.

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Finanzdepartements sowie des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Natürlich geht die Welt nicht unter, wenn im Ausbildungsbereich gekürzt wird, aber eine Kürzung um 10 oder 20 Prozent trifft die Dienstabteilungen. In manchen Bereichen, z. B. in der Schule, ist es einfach zwingend, dass Personal weitergebildet werden kann. Das Parlament erwartet vom städtischen Personal permanent hohe Leistungen, gleichzeitig erachtet es aber die Weiterbildung als nicht so wichtig und als geeignet zum Sparen. Die Stadtbevölkerung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass sie sehr zufrieden ist mit den städtischen Leistungen – das kommt nicht von ungefähr. Die Leute sind gut aus- und weitergebildet, und das hat seinen Preis. Die Bildung des eigenen Personals ist auch vor dem Hintergrund der Masseneinwanderungsinitiative ein wichtiger Punkt, denn es wird mittel- und langfristig schwieriger, Experten aus dem Ausland zu holen. Als Reaktion darauf haben die Wirtschaftsverbände ja eine Initiative lanciert, um die eigenen Leute besser bilden zu können und somit weniger auf Leute aus dem Ausland angewiesen zu sein.

STR Gerold Lauber: Bis anhin waren Lehrpersonen, die weniger als zehn Lektionen unterrichteten, kommunale Angestellte. Jetzt werden sie kantonalrechtlich angestellt. Der Kanton Zürich hat jedes einzelne Arbeitsverhältnis geprüft, und es kommt zu Nachqualifikationen. Für den Nachweis der Nachqualifikation braucht es die vom Kanton verlangte Ausbildung. Das SAM trifft es mit 763 000 Franken.

S. -	10 3091 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
		Aus- und Weiterbildung des Personals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)

1 155 200

Minderheit 1 Dr. Urs Egger (FDP)
Referent, Christian Traber
(CVP), Raphaël Tschanz
(FDP)

2 214 000

Minderheit 2 Roger Liebi (SVP) Referent,
Martin Bürlimann (SVP)

1 058 800

Minderheit 3 Shaibal Roy (GLP) Referent

Begründung: FDP: Saldokürzung um 20 %; SVP: Zurück auf Rechnung 2014; GLP: Saldokürzung um 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015, Budgetkürzungen gemäss nachfolgenden 3 Tabellen

3091 0000 Aus- und Weiterbildung des Personals					
Kürzung um 20 %					
FDP					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
1020	Stadtkanzlei	15 000		3 000	12 000
1070	Betreibungsämter	142 700		28 500	114 200
1500	Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung	12 000		2 400	9 600
1501	Kultur	21 000		4 200	16 800
1505	Stadtentwicklung	20 000		4 000	16 000
1506	Fachstelle für Gleichstellung	89 000		17 800	71 200
1530	Bevölkerungsamt	160 000		32 000	128 000
2021	Liegenschaftenverwaltung	120 000		24 000	96 000
2050	Human Resources Management	1 638 500		327 700	1 310 800
2500	PD Zentrale Verwaltung	28 000		5 600	22 400
2506	Blaue Zonen	15 000		3 000	12 000
2525	Stadtrichteramt	35 000		7 000	28 000
2550	Schutz und Rettung	1 021 900		204 400	817 500
2555	Dienstabteilung Verkehr	55 000		11 000	44 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	131 600		26 300	105 300
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	105 700		21 100	84 600
3500	TED Zentrale Verwaltung	15 000		3 000	12 000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	122 400		24 500	97 900
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	150 000		30 000	120 000
5063	Fachschule Viventa	152 900		30 600	122 300
5500	SD Zentrale Verwaltung	25 100		5 000	20 100
5510	Support Sozialdepartement	200 000		40 000	160 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	110 000		22 000	88 000
5520	Laufbahnzentrum	100 000		20 000	80 000
5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	90 000		18 000	72 000
5550	Soziale Dienste	775 000		155 000	620 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	425 600		85 100	340 500
	Total	5 776 400		1 155 200	4 621 200

3091 0000 Aus- und Weiterbildung des Personals					
Kürzung auf Rechnung 2014 gemäss Liste					
SVP					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
1005	Gemeinderat	6 000		5 000	1 000
1007	Finanzkontrolle	40 000		3 300	36 700
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	2 700		1 500	1 200
1020	Stadtkanzlei	15 000		8 300	6 700
1035	Datenschutzbeauftragte/r	4 900		2 800	2 100
1070	Betreibungsämter	142 700		24 200	118 500
1080	Friedensrichterämter	9 100		5 400	3 700

1500	Präsidialdepartement Zentrale Verwaltung	12 000		3 300	8 700
1501	Kultur	21 000		11 500	9 500
1505	Stadtentwicklung	20 000		1 800	18 200
1506	Fachstelle für Gleichstellung	89 000		3 000	86 000
1530	Bevölkerungsamt	160 000		7 100	152 900
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	6 000		1 700	4 300
2000	FD Zentrale Verwaltung	27 000		17 100	9 900
2015	Finanzverwaltung	18 500		12 900	5 600
2016	Kompetenzzentrum RVZ	2 300		1 100	1 200
2021	Liegenschaftenverwaltung	120 000		20 300	99 700
2050	Human Resources Management	1 638 500		304 100	1 334 400
2051	Stadtweites Case Management	30 000		15 500	14 500
2052	Optimaler Berufseinstieg	7 000		4 500	2 500
2080	Organisation und Informatik	750 000		208 300	541 700
2500	PD Zentrale Verwaltung	28 000		3 500	24 500
2506	Blaue Zonen	15 000		2 800	12 200
2525	Stadtrichteramt	35 000		5 100	29 900
2550	Schutz und Rettung	1 021 900		195 700	826 200
2555	Dienstabteilung Verkehr	55 000		10 400	44 600
3000	GUD Zentrale Verwaltung	31 500		21 400	10 100
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	105 700		20 300	85 400
3500	TED Zentrale Verwaltung	15 000		10 500	4 500
3535	ERZ, Abwasser	550 600		2 400	548 200
3550	ERZ, Abfall	807 500		70 100	737 400
3555	ERZ, Fernwärme	180 500		66 700	113 800
3560	ERZ, Stadtreinigung	310 000		125 900	184 100
4015	Amt für Städtebau	100 000		4 200	95 800
4020	Amt für Hochbauten	175 000		3 100	171 900
4035	Amt für Baubewilligungen	30 000		1 400	28 600
4040	Immobilien Stadt Zürich	330 000		14 000	316 000
4500	DfB Zentrale Verwaltung	40 000		10 700	29 300
4525	Wasserversorgung	196 000		22 000	174 000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	122 400		50 000	72 400
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	5 000		2 100	2 900
5010	Schulamt	2 950 500		763 700	2 186 800
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	150 000		17 700	132 300
5510	Support Sozialdepartement	200 000		25 200	174 800
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	110 000		12 700	97 300
5550	Soziale Dienste	775 000		70 300	704 700
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	425 600		19 400	406 200
	Total	11 886 900		2 214 000	9 672 900

3091 0000 Aus- und Weiterbildung des Personals

Saldokürzung 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015

GLP

Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1560	Statistik Stadt Zürich	45 000		4 500	40 500
2015	Finanzverwaltung	18 500		1 900	16 600
2021	Liegenschaftenverwaltung	120 000		12 000	108 000
2050	Human Resources Management	1 638 500		163 900	1 474 600
2500	PD Zentrale Verwaltung	28 000		2 800	25 200
2525	Stadtrichteramt	35 000		3 500	31 500
2550	Schutz und Rettung	1 021 900		102 200	919 700
2555	Dienstabteilung Verkehr	55 000		5 500	49 500
3010	Städtische Gesundheitsdienste	131 600		13 200	118 400
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	105 700		10 600	95 100
3550	ERZ, Abfall	807 500		80 800	726 700
3555	ERZ, Fernwärme	180 500		18 100	162 400
3560	ERZ, Stadtreinigung	310 000		31 000	279 000
4000	HBD Zentrale Verwaltung	60 000		6 000	54 000
4020	Amt für Hochbauten	175 000		17 500	157 500

4040	Immobilien Stadt Zürich	330 000		33 000	297 000
4525	Wasserversorgung	196 000		19 600	176 400
4540	Verkehrsbetriebe	975 100		97 500	877 600
5010	Schulamt	2 950 500		295 100	2 655 400
5510	Support Sozialdepartement	200 000		20 000	180 000
5550	Soziale Dienste	775 000		77 500	697 500
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	425 600		42 600	383 000
	Total	10 584 400		1 058 800	9 525 600

Dr. Urs Egger (FDP) zieht den Antrag der Minderheit 1 zurück.

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit (gemäss Budgetentwurf 2016) 62 Stimmen

Antrag Minderheit 2 (-2 214 000) 22 Stimmen

Antrag Minderheit 3 (-1 058 800) 41 Stimmen

Total 125 Stimmen

= absolutes Mehr 63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 63 gegen 62 Stimmen zugestimmt.

Antrag 003.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP): Die Stadt Zürich ist eine äusserst attraktive Arbeitgeberin, so gibt es seit Jahren immer wieder teuerungsunabhängige Lohnerhöhungen, und auch aufgrund der Dienstjahre gibt es einen Lohnanstieg. Das ist doch Werbung genug, es braucht doch gar keine Werbung mehr. Es ist eigentlich schwer verständlich, warum die aufgeführten Dienstabteilungen in der aktuellen Situation des Arbeitgebermarkts einen signifikanten Anstieg der Werbekosten haben. Dieser Trend muss gestoppt werden.

Rebekka Wyler (SP): Die Minderheit der RPK ist anderer Meinung. Die RPK hat die Personalwerbung schon oft thematisiert und auch mehrfach darauf hingewiesen, dass man z. B. mehr elektronisch ausschreiben sollte. In gewissen Bereichen muss man aber weiterhin auf Papier ausschreiben. Die Stadt Zürich ist zwar eine attraktive Arbeitgeberin, trotzdem sucht man in gewissen Bereichen dringend Leute, die nicht einfach von selber kommen. Hier geht es z. B. auch um die Anwerbung von Polizeiaspirantinnen und -aspiranten.

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3092 0000 **Personalwerbung**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag		Minderheit	Präsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)
		181 900		Mehrheit	Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung: Saldokürzung um 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle				

3092 0000 Personalwerbung					
Saldokürzung 10 % wegen Anstieg im Langjahresschnitt und/oder gegenüber Budget 2015					GLP
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
2021	Liegenschaftenverwaltung	80 000		8 000	72 000
2080	Organisation und Informatik	200 000		20 000	180 000
2520	Stadtpolizei	795 800		79 600	716 200
2525	Stadtrichteramt	40 000		4 000	36 000
3515	Tiefbauamt	260 000		26 000	234 000
3535	ERZ, Abwasser	160 000		16 000	144 000
3550	ERZ, Abfall	179 000		17 900	161 100
3560	ERZ, Stadtreinigung	40 000		4 000	36 000
5010	Schulamt	64 200		6 400	57 800
	Total	1 819 000		181 900	1 637 100

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 004.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Auch hier haben wir geprüft, wer sich Mühe gegeben hat und den Aufwand nicht einfach hat ansteigen lassen. Bei den aufgelisteten Posten ist der Rückgang auf die Rechnung 2013 machbar und verkraftbar. Es ist eine Frage des Willens und der Umsetzung. Auf den vielen verschiedenen Positionen kommt gut eine halbe Million Franken zusammen. Bei 5520, Laufbahnzentrum, ergibt sich eine Reduktion von 5300 Franken. Das hat keine nennenswerte Probleme zur Folge.

Walter Angst (AL): Die Mehrheit der RPK findet es nicht sinnvoll, diese Kürzung vorzunehmen und bittet deshalb um Ablehnung.

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3099 0000 **Übriger Personalaufwand**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
004.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP) Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		671 200		Minderheit	
	Begründung: Zurück auf Rechnung 2013, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle				

3099 0000 Übriger Personalaufwand					
Kürzung auf Rechnung 2013 gemäss Liste				SVP	
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	8 000		3 100	4 900
1020	Stadtkanzlei	43 200		1 200	42 000
1025	Rechtskonsulent	4 800		3 500	1 300
1035	Datenschutzbeauftragte/r	2 500		1 300	1 200
1070	Betreibungsämter	53 800		18 900	34 900
1080	Friedensrichterämter	3 400		900	2 500
1501	Kultur	27 500		4 600	22 900
1505	Stadtentwicklung	12 500		4 800	7 700
1506	Fachstelle für Gleichstellung	3 000		2 200	800
1530	Bevölkerungsamt	70 000		3 800	66 200
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	8 300		8 300	0
2015	Finanzverwaltung	10 000		1 300	8 700
2016	Kompetenzzentrum RVZ	2 000		1 500	500
2021	Liegenschaftenverwaltung	37 000		5 900	31 100
2050	Human Resources Management	111 900		51 300	60 600
2051	Stadtweites Case Management	40 000		23 500	16 500
2052	Optimaler Berufseinstieg	1 000		1 000	0
2080	Organisation und Informatik	180 000		55 600	124 400
2525	Stadtrichteramt	23 500		13 000	10 500
3000	GUD Zentrale Verwaltung	20 000		3 500	16 500
3010	Städtische Gesundheitsdienste	77 200		31 800	45 400
3500	TED Zentrale Verwaltung	20 000		7 800	12 200
3535	ERZ, Abwasser	157 000		16 700	140 300
3550	ERZ, Abfall	222 500		53 100	169 400
3555	ERZ, Fernwärme	24 300		13 800	10 500
3560	ERZ, Stadtreinigung	49 700		10 600	39 100
4000	HBD Zentrale Verwaltung	38 700		15 400	23 300
4020	Amt für Hochbauten	62 000		7 100	54 900
4035	Amt für Baubewilligungen	34 500		4 700	29 800
4040	Immobilien Stadt Zürich	175 000		32 300	142 700
4500	DIB Zentrale Verwaltung	5 000		2 700	2 300
5000	SSD Zentrale Verwaltung	90 900		56 500	34 400
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	195 000		43 000	152 000
5010	Schulamt	537 900		81 800	456 100
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	44 000		6 900	37 100
5050	Schulgesundheitsdienste	54 700		4 500	50 200
5063	Fachschule Viventa	30 300		200	30 100
5510	Support Sozialdepartement	56 000		7 900	48 100
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	53 000		14 700	38 300
5520	Laufbahnzentrum	75 000		5 300	69 700

5530	Kindes-/Erw.schutzbehörde	25 000		6 800	18 200
5550	Soziale Dienste	175 000		8 000	167 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	85 700		30 400	55 300
	Total	2 950 800		671 200	2 279 600

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Antrag 005.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Auch hier haben wir geprüft, wer sich Mühe gegeben hat und den Aufwand nicht einfach hat ansteigen lassen. Es ist machbar und gibt nirgends nennenswerte Probleme. Es ist eine Frage des Willens. Man kann sparen ohne Verlust an Qualität und Leistung. Wo wollen Sie sparen, wenn nicht beim Büromaterial? Dieser Antrag hat einen hohen Symbolgehalt.

Felix Moser (Grüne): Aus älteren Budgets oder Rechnungsbüchern geht hervor, dass die einzelnen Dienstabteilungen im einen Jahr auf diesem Konto Büromaterial einkaufen und im anderen Jahr über die Schul- und Büromaterialverwaltung. Deshalb gibt es relativ hohe Schwankungen, und es ist ziemlich sinnfrei, hier einfach das Jahr 2013 als Ausgangsgrösse zu nehmen. Es ist auch möglich, dass manche 2013 vielleicht gar nichts eingekauft haben. Das ist ein weiterer Beweis für die Sinnlosigkeit dieser Tabellenkürzungen.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3100 0000	Büromaterial			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2016 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		160 700		Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
				Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)
		Begründung: Zurück auf Rechnung 2013, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3100 0000 Büromaterial					SVP
Kürzung auf Rechnung 2013 gemäss Liste					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
1070	Betreibungsämter	23 700		5 200	18 500
1080	Friedensrichterämter	6 400		1 200	5 200
1530	Bevölkerungsamt	5 000		1 000	4 000
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	2 000		2 000	0
2000	FD Zentrale Verwaltung	1 800		1 400	400
2021	Liegenschaftenverwaltung	5 000		3 400	1 600
2520	Stadtpolizei	57 100		7 500	49 600
2525	Stadtrichteramt	2 000		2 000	0

3000	GUD Zentrale Verwaltung	3 000	1 700	1 300
3535	ERZ, Abwasser	14 500	11 400	3 100
3550	ERZ, Abfall	12 000	8 200	3 800
3555	ERZ, Fernwärme	2 000	1 900	100
4020	Amt für Hochbauten	5 000	2 100	2 900
4035	Amt für Baubewilligungen	1 500	500	1 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	1 500	600	900
4525	Wasserversorgung	20 000	9 000	11 000
4540	Verkehrsbetriebe	413 500	85 500	328 000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	3 800	3 300	500
5010	Schulamt	14 600	3 400	11 200
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	2 000	1 400	600
5050	Schulgesundheitsdienste	2 500	1 000	1 500
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	5 100	4 000	1 100
5550	Soziale Dienste	17 000	3 000	14 000
	Total	621 000	160 700	460 300

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 49 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 75, Beschluss-Nr. 1493/2015).

E i n g ä n g e

Am nachfolgenden Text werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1501. 2015/401

Interpellation von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 09.12.2015: Unterkunft für Asylbewerbende in der Messehalle 9, Information der Öffentlichkeit sowie anfallende Kosten für die Fertighäuser und den Betrieb

Von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) ist am 9. Dezember 2015 folgende Interpellation eingereicht worden:

Völlig unvorbereitet musste die Bevölkerung am letzten Wochenende aus der Presse entnehmen, dass die Halle 9 beim Hallenstadion von der Asylorganisation AOZ für mindestens ein Jahr gemietet wird. Darin werden nun «Better Shelter»-Fertighäuser aufgestellt, welche bereits ab Januar 2016 von 250 Asylbewerbern bezogen werden. Der Unmut über die gravierenden Missstände im Asylwesen, welcher in weiten Teilen der Bevölkerung deutlich spürbar ist, wird durch dieses Überrumpeln wohl noch verstärkt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Die Asylorganisation AOZ ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt der Stadt Zürich. Warum wurde die Öffentlichkeit vorgängig weder informiert noch deren Anliegen und Sorgen in den Entscheidungsprozess aufgenommen? Wie lange plant die AOZ dieses Vorhaben schon und seit wann steht der definitive Entscheid fest?
2. Wurden zumindest Gespräche mit den Besitzern der benachbarten Einfamilienhäuser geführt? Falls Nein, warum nicht?
3. Wird der Stadtrat auch zukünftig keinen Kontakt mit den Quartiervertretern und der Bevölkerung suchen, sondern diese einfach vor vollendete Tatsachen stellen?
4. Welches Sicherheitskonzept wurde zum Schutze des Quartiers erarbeitet? Können die Asylbewerber die Halle 9 auch nachts jederzeit verlassen?
5. Aus welchen Heimatländern kommen die 250 Asylbewerber?
6. Gemäss dem Hersteller halten die «Better Shelter»-Fertighäuser lediglich drei Jahre. Welche Kosten verursachen der Ankauf und die anschliessende Entsorgung dieser kurzlebigen Fertighäuser?

7. Gemäss der Tageszeitung «Die Welt» sind die «Better Shelter»-Fertighäuser doppelt so teuer als eine herkömmliche Lösung. Welche Alternativen hat der Stadtrat geprüft und welche Mehrkosten im Vergleich zu einer herkömmlichen Lösung müssen die Zürcher Steuerzahlenden durch den Kauf der «Better Shelter»-Fertighäuser hinnehmen?
8. Wo werden diese «Better Shelter»-Fertighäuser hergestellt und wie beurteilt der Stadtrat die entsprechende Ökobilanz (Herstellung, Transport, Auf- und Abbau, Entsorgung nach nur dreijähriger Lebensdauer)?
9. Welche Gesamtkosten verursacht das Vorhaben, also Auf- und Abbau inklusive den internen und/oder externen Personalkosten, sanitären Anlagen, Küchen, Miete und so weiter? Wir bitten um eine detaillierte Aufstellung.
10. Wie stark ist die Aufnahmefähigkeit der Stadt Zürich überlastet, wenn die Asylorganisation AOZ bereits Messegelände für die Unterbringung von Asylbewerbern unter Ausschluss der Bevölkerung mieten muss?
11. Welche weiteren Standorte für die Unterbringung von Asylbewerbern sind in Planung? Wie viele Asylbewerber dürften in den nächsten zwei Jahren zusätzlich noch kommen? Plant der Stadtrat gar zum vorgeschriebenen Kontingent noch zusätzliche Asylbewerber zu beherbergen?

Mitteilung an den Stadtrat

Die Interpellation wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

1502. 2014/147

RedK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Min Li Marti (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2016

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 7. Dezember 2015):

Patrick Hadi Huber (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

1503. 2015/126

Stimmenzählende, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Min Li Marti (SP) für den Rest der Amtsjahres 2015/2016

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 7. Dezember 2015):

Marco Denoth (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

1504. 2015/289

**Schriftliche Anfrage von Simone Brander (SP) vom 02.09.2015:
Baustellenlärm in Wipkingen, Ausmass der Lärmbelastung sowie Kriterien für die Ausnahmegewilligungen für die nächtlichen Arbeiten auf der Swissmill-Baustelle**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1011 vom 2. Dezember 2015).

1505. 2015/292

Schriftliche Anfrage von Marcel Bührig (Grüne) und Karin Rykart Sutter (Grüne) vom 02.09.2015:

Auswirkung der Sanierung der Lettenbrücken auf die Eidechsenpopulation zwischen dem Lettenareal und dem Gleisfeld sowie Einbezug des Vernetzungskorridors für Reptilien bei der Planung der Arealentwicklung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 1012 vom 2. Dezember 2015).

1506. 2015/314

Schriftliche Anfrage von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 16.09.2015:

Bau des Polizei- und Justizzentrums auf dem Güterbahnhof-Areal, Gestaltung der öffentlichen Räume und der Dächer des Zentrums sowie Massnahmen für eine ökologische und hochwertige Frei- und Grünraumplanung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 995 vom 25. November 2015).

Nächste Sitzung: 9. Dezember 2015, 17 Uhr.